

Impulsreferat zu

“Europas pathologischer Lernprozess bei der Rettung Zyperns – nach einer Euro-Kolumne des Wirtschaftswissenschaftlers Rudolf Hickel vom Überleben in der Krise”.

Um dann zu **diskutieren**: “--- aber wer bestimmt welchen Kurs für Europa?”

Der Beitrag von Prof. Hickel erschien in der taz am 30. März 2013 zu den immer dramatischer ausfallenden Rettungsaktionen in der Geschichte des Euro. Und Hickel zählt zu den heftigen Kritikern der Versäumnisse bei der Gründung des Euro-Währungsraumes, wo es ausschließlich um die monetäre Integration mit dem Zentrum Europäische Zentralbank ging, und wo auf den parallelen Ausbau einer Fiskal- und Wirtschaftsunion komplett verzichtet wurde (Maastrichter Vertrag, 1990). Und Hickel beschreibt die Versäumnisse und Folgen:

Erst unter dem Druck der massiven Probleme setzte viel zu spät ein Lernprozess ein. Aber die Logik der Rettungsabfolge mit Rettungspaketen, Rettungsfonds usw. wird immer nur durch das Prinzip bestimmt „nach der Rettung ist vor der Rettung“. Die Rückschläge sind vorprogrammiert, solange der Ausbau einer Haftungsunion und eine wachsende ökonomische und fiskalische Vergemeinschaftung nicht zustande kommt. Dem stehen aber eh und je nationalstaatliche Widerstände entgegen. Besonders Deutschlands aggressive Exportpolitik – die zweifellos noch unsere Wirtschaftsstärke im internationalen Vergleich begründet – hat aber die Realität der ökonomischen Spaltung zwischen den Mitgliedsländer auch vorangetrieben. Die Ignoranz bei der Gründung im europäischen Vertragswerk, dass solidarische Hilfen der Gemeinschaft unzulässig sind, wenn Länder im wirtschaftlichen Druck nicht mithalten können, die rächt sich jetzt.

Soweit der historische Rückblick vor dem aktuellen Hintergrund der Zypernkrise.

Dann im Verlauf des jetzigen Rettungsdramas Zypern wurde erstmals an einigen finanzpolitischen Tabus gerüttelt. Doch die Tabubrüche für den Rettungsakt werden die Zypern-Misere noch lange nicht über den Berg bringen. Denn die Folgen sind erdrückend

- der weiter verschärfte Spardruck,
- der Verlust an Arbeitsplätzen,
- der soziale Abbau,
- die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen ,
- diese ganze Schrumpfpolitik --
- mit Ausnahme weiterhin ausufernder Profit-Manipulationen im Finanzsektor.

Das kleine Zypern wird, wie bisher andere meist südliche Staaten, überall von dieser gesamtwirtschaftlichen Entwicklung belastet – schon drastisch um uns herum und immer mehr auch wir in unserer Region. So ist der Vertrauensverlust im Eurosystem nicht aufzuheben.

Die politischen Entscheidungen für finanzpolitische Einschnitte nennt Hickel einen **pathologischen Lernprozess** bei der Rettung Zyperns. Auf den krankhaften abnormen Entwicklungsprozess in Europa nun mit einigen Tabubrüchen zu reagieren, war teils auch mutig – wenn auch mit großen Vorbehalten. Allerdings ging der erste Schritt so richtig ins Fettnäpfchen.

- Der ursprüngliche Vorschlag, in Zypern die Sparguthaben der Kleinanleger mit 6,75% zu enteignen, um damit Banken- und Staatsfinanzen retten zu helfen, hat das gesamte Eurosystem in eine tiefe Vertrauenskrise gestürzt. Die EU-garantierte Einlagensicherung bis 100 000 Euro ist damit ins Wanken geraten.
- Das Zerschlagen eines völlig überdimensionierten Bankensektors wiederum ist gut und dringend notwendig.
Beim Abwickeln und Abschmelzen solcher Banken die großen Einlageneigentümer zur Finanzierung heranzuziehen ist richtig – Sie waren die Profiteure hoher Zinszahlungen, spekulativer Anlagen und Steuervermeidungen und sollen nun auch am Risiko des Verlustes mittragen. --- Beim jetzigen ersten Schritt des Einschnitts bei Zypern muss man aber auch wissen, dass dort nicht all zu viel deutsches Geld bei den Banken liegt. Was die entsprechende Entscheidungsbereitschaft unser Politiker sicher beflügelt hat.
- Banken / Finanzinstitute, die sich als Steuerparadiese oder für Schwarzgeldanlagen anbieten, müssen für einen einheitlichen Währungsraum strikt verboten sein.

- Erstmals in der Geschichte der EU werden Kapitalverkehrskontrollen gegen Kapitalflucht eingeführt. (Artikel 65 des heutigen EU-Vertrages – AEUV – hätte solches schon beim ersten Rettungsprogramm für Griechenland 2010 ermöglicht.)

Soweit Prof. Hickel zum Lernprozess in der Finanzkrise!

Doch kommen wir nun zum eigentlichen DISKUSSIONSTHEMA: Welche Ziele verfolgt die gegenwärtige Politik und wer bestimmt die Richtung?

Die wirtschaftlich stärksten Länder im EU-Raum, Deutschland voran, forcieren ganz gezielt mit der zuvor beschriebenen Politik den vorherrschenden neoliberalen Kurs:

- Im globalen Weltmarkt die Konkurrenzfähigkeit auch durch Preisdruck auszubauen.
- Stetige Produktivitätssteigerung, die mit Arbeitsplatz-Rationalisierung und sozialen Einschränkungen für die heimischen Arbeitnehmer verbunden ist.
- Staatliche Sparmaßnahmen, die besonders zulasten öffentlicher und sozialer Einrichtungen in den Kommunen gehen.
- Empfehlungen weiterer Privatisierungen.

Deutschland mit seiner überaus gestärkten Exportwirtschaft – bei zugleich Produktionskosten sparerer Binnenwirtschaft – übt großen politischen Druck besonders auf die schon notleidenden (meist südlichen) Staaten aus (Griechenland, Spanien, Portugal, Italien, jetzt Zypern), um mit dem Sparzwang weitere Einschränkungen für die Bevölkerung durchzusetzen.

Doch **unser Ziel** sollte sein, im europäischen Wirtschaftsraum Arbeitsbedingungen durchzusetzen, die möglichst umfassend für alle Bevölkerungskreise eine soziale Absicherung ermöglichen und dies unter humanitären Lebensbedingungen. Aber dann müssen wir auch entsprechend handeln und uns dem dringendsten symptomatischen

Problem der Massenarbeitslosigkeit entgegenstellen.

Im Zuge der Finanzkrise haben verantwortungsvolle Fachleute aus vielen Institutionen angeprangert, dass ungeheures überschüssiges Kapital weg von der Realwirtschaft in den spekulativen Finanzsektor umgeleitet wird und zugleich die Binnennachfrage in den Ländern fehlt, weil den Bevölkerungen die Kaufkraft entzogen wird.

Zu solchen Gremien gehört auch Prof. Hickel, der immer wieder in der Öffentlichkeit aktiv für Veränderungen eintritt. Weil **Arbeits'fair'teilung** schon längst und künftig noch viel mehr eine der wesentlichsten Voraussetzungen für das Wohlergehen der Menschen sein wird, haben er und weitere engagierte Fachleute die notwendige Verkürzung der persönlichen Arbeitszeit zu einem Hauptthema gemacht.

Ich greife es für die Diskussion auf und stelle hier einige Daten voran:

Rudolf Hickel

ist emeritierter Professor für politische Ökonomie und Finanzwissenschaften an der Universität Bremen. Auch im wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Unter anderem gehört er zu den Gründern der Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik“, die mit ihrem jährlichen „Memorandum“ seit 1977 ein Gegengewicht zum Gutachten des Sachverständigenrates schafft. Das „Memorandum 2013 – Umverteilen, Alternativen der Wirtschaftspolitik“, folgt (angekündigt) am 29.4.2013.

Viele der Mitglieder aus der Wirtschaftswissenschaft und von Gewerkschaften und weitere Unterstützer aus sozialen Verbänden und Politik, insgesamt mehr als

100 Prominente, starteten im Februar 2013 mit einem Offenen Brief die Initiative

- **„30-Stunden-Woche fordern!
 - ohne Arbeitszeitverkürzung nie wieder Vollbeschäftigung.“**

Darunter neben Hickel viele Professoren wie Bontrup, Grottian, Hengsbach, Massarrat.

Der „Offene Brief vom Febr. 2013“ ist an die Vorstände der Gewerkschaften, Parteien, Sozial- und Umweltverbände und Kirchenleitungen in Deutschland gerichtet. Doch er geißelt den „wirtschaftspolitischen Irrweg, der nicht nur in Deutschland und Europa, sondern in der ganzen Welt zu unermesslichem sozialen Elend geführt hat.“

Die Notwendigkeit der generellen **Arbeitszeitverkürzung** als längerfristiges schrittweise zu

realisierendes Ziel wird an den Bedingungen in den entwickelten Industriestaaten wie Deutschland begründet:

Jährliche Produktivitätssteigerungen, die oberhalb der realen Wachstumsraten der Wirtschaft liegen, führen zwangsläufig zum Rückgang des verfügbaren Arbeitsvolumens und ohne Arbeitszeitverkürzung zu Arbeitslosigkeit. Gesamtwirtschaftliche Berechnungen zeigen, dass die Lohnquote weiter sinkt, wenn nicht mit vollem Lohn- und Personalausgleich gegengesteuert wird.

Rudolf Hickel erläuterte im Rundfunkinterview (Deutschlandfunk 12.2. 2013) die Forderung nach der 30-Stunden-Woche. Sinngemäß verwende ich hier seine Ausführungen als Argumente:

In der Eurokrise und generell im globalen internationalen Wettbewerb ist die derzeitige Strategie, unseren Produktionsvorteil in und gegenüber den aufstrebenden Schwellenländern durch Unterschreitung von Lohnstandards dort wie hier zu sichern. Das geschieht mit Lohndumping, Leiharbeit und prekärer Kurzzeitbeschäftigung, in den armen Ländern mit menschenunwürdigen Bedingungen.

Anstelle dieses inhumanen Weges muss eine richtige Strategie zum Ziel haben

- die Massenarbeitslosigkeit in Europa mit höchster Priorität der wirtschaftlich und politischen sowie sozialen und humanitären Aspekte zu bekämpfen.

Wir haben zumindest in Deutschland

- eine hohe Produktivität, gepaart mit großer Innovationsfähigkeit
- woraus sich niedrige Lohnstückkosten und gute Investitionsbereitschaft ableiten.
- Der damit verbundene hohe Arbeitseinsatz der Menschen, die Arbeitsbedingungen, müssen auch anständig entlohnt werden.

Prof. Bontrup als Mitautor des offenen Briefes und Prof. Hickel beschreiben an anderer Stelle noch genauer die **Arbeitszeitverkürzung als ein gesamt-gesellschaftliches Projekt**:

Der Verteilungsspielraum für Arbeitszeitverkürzungen ist aus volkswirtschaftlicher Sicht immer

- die jährliche Produktivitätssteigerung plus Preissteigerungsrate
- ein Teil des Tariflohnzuwachses soll zur Finanzierung der Arbeitszeitverkürzung verwendet werden – bei vollem Lohnausgleich.
- Trotz etwas ansteigender Lohnstückkosten profitiert auch der Arbeitgeber mit seinem Gewinn infolge des höheren Produktionsausstoßes (je Produktionsstunde).

Das Resümee der Professoren:

„Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich kann gemäß Produktivitäts- und Inflationsrate steigen, wobei das absolut reale Monats- und Jahreseinkommen konstant bleibt.

Das belegen Ausarbeitungen der Wissenschaftler, die aber hier nicht erörtert werden können.

Und das Resümee für unsere Diskussion:

Wie lässt sich der unbehinderte neoliberale Umbau bekämpfen, dessen Folgen zwei gegenwärtige Veröffentlichungen von skandalösen Fakten drastisch dokumentieren?

- Die neuen Zahlen von Eurostat belegen, dass die Arbeitslosigkeit junger Menschen unter 25 Jahre in 19 von 27 EU-Mitgliedsstaaten auf größer 20% gestiegen ist, in 5 Staaten sogar bei >35 bis über 50% liegt.
- Zugleich belegen die weltweiten Erhebungen des ICIJ-Projekts (International Consortium of Investigative Journalist) „Offshore-Leaks“, wie der ungeheure billionenfache Geldstrom – viele Millionen x Millionen €/ \$ – überall in Steueroasen von Banken und großen Konzernen zur Steuereinsparung ununterbrochen weiter gespeist wird. Dringend erforderliche Einnahmen werden den Staaten, ihren Kommunen und damit den in der Finanzkrise besonders von Not bedrohten Bürgern entzogen.

Quellen:

- „Europas pathologischer Lernprozess bei der Rettung Zyperns“, Rudolf Hickel, taz 30.3.2013
- „Offener Brief: 30-Stunden-Woche fordern!, 11.2.2013“, www.alternative-wirtschaftspolitik.de
- Rundfunkinterview mit R.Hickel, Deutschlandfunk 12.2.2013 und Heinz-J Bontrup, in Junge Welt, 4.4.2012
- Stefan Maas zum offenen Brief, Deutschlandfunk 11.2.2013
- Schwerpunkt „Die neuen Zahlen von Eurostat – Das arbeitslose Europa“, taz 3-4-2013